



AMA-Spitze in Berlin (v. l.): Julia Göschelbauer (Export), GF Christina Mutenthaler-Sipek, Aufsichtsratsvorsitzender Lorenz Mayr. Foto: AMA-Marketing

# Auf Deutschland ist auch in der Krise Verlass

**BERLIN** Zum Auftakt der Grünen Woche in Berlin, der international wichtigsten Messe für Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau, hat die AMA (Agrarmarkt Austria Marketing) am Donnerstag die aktuellen Agrar-Außenhandelszahlen präsentiert. Demnach hat die heimische Lebensmittelbranche in den ersten drei Quartalen 2025 weniger Erzeugnisse exportiert und importiert als im Jahr zuvor – die Differenz fällt mit minus 1,9 Mrd. Euro deutlich negativ aus. Im Jahr zuvor lag die Differenz bei minus 1,2 Mrd. Euro.

## Qualität und Herkunft

Grund zur Freude hat man bei der AMA-Marketing allerdings mit dem wichtigsten Exportpartner Deutschland: Hier legten die Ausfuhren wertmäßig um 3,3 Prozent zu und knackten die Marke von 5 Milliarden Euro. Christina Mutenthaler-Sipek, Geschäftsführerin der AMA-Marketing, betonte gegenüber Journalisten, dass vor allem hochwertig verarbeitete

Lebensmittel in Deutschland den Geschmack trafen. Es sei das sechste Mal in Folge, dass man mit Deutschland eine positive Agrar-Außenhandelsbilanz vorweisen könne. Dabei sei Deutschland ein besonders preissensibler Markt – aber mit der Qualitätsschiene könne man nachhaltig punkten, ist Mutenthaler-Sipek überzeugt.

Das Ranking der Top-10-Exportprodukte nach Deutschland führen wie bisher alkoholfreie Getränke an, mit rückläufiger Tendenz. Veredelte Produkte aus Fleisch, Milch, Obst, Gemüse und Getreide weisen ein deutliches Wachstum auf. Der Trend zu bzw. die Nachfrage nach proteinreichen Produkten wie Skyr spiegle sich in den Zahlen wider, erklärte Julia Göschelbauer, Leiterin Export und Kulinarik.

2026 will die AMA-Marketing österreichische Lebensmittel in Deutschland noch stärker sichtbar machen. Deshalb präsentiert man sich nach Berlin auch noch auf der Biofach-Messe in Nürnberg. (car)

# Mini-Steuer auf Nahrung stößt auch auf Skepsis

**WIEN** Industrie-Chef sieht Steuersenkung auf Grundnahrungsmittel kritisch und fordert einen günstigen Industriestromtarif wie in Deutschland.

Der Handelsverband begrüßt die von der Regierung geplante Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Geschäftsführer Rainer Will betonte den Willen des Handels, die Steuerersparnis „eins zu eins“ an die Kunden weiterzugeben. Man wisse aber noch nicht, bei welchen Nahrungsmitteln die Koalition den reduzierten Steuersatz von 10 weiter auf unter 5 Prozent ab Mitte 2026 senken wolle.

Als Fixstarter nannte SPÖ-Vizekanzler Andreas Babler Milch, Eier, Brotprodukte und Gemüse. Rund 400 Millionen Euro sind für die Steuersenkung reserviert. Gegenfinanziert werden soll dies über eine Abgabe auf nicht recycelbares Plastik und eine Abgabe auf Pakete aus Nicht-EU-Ländern.

Pro Kopf geben die ÖsterreicherInnen im Jahr durchschnittlich 1480 Euro für Grundnahrungsmittel aus, zeigt eine Analyse des Marktforschers RegioData. Berücksichtigt sind darin Lebensmittel des täglichen Bedarfs wie Brot und Getreideprodukte, Milch und Milchprodukte, Fleisch, Obst und Gemüse. Die monatliche Ersparnis pro EinwohnerIn werde wohl zwischen 2 und 4 Euro betragen.

## „Brauche Vergünstigung nicht“

Kritik an der geplanten Steuersenkung auf Grundnahrungsmittel kommt von Industriellenverbands-Chef Georg Knill. Das sei keine Maßnahme, die dem Standort helfe. Andererseits sei das Volumen „überschaubar“ und werde über neue Steuern finanziert. Dazu komme „das Prinzip Gießkanne. Wenn die Milch beispielsweise um 6 Cent billiger wird



Brot, Milch, Eier und Gemüse gelten als Fixstarter für den vergünstigten Mehrwertsteuer-Satz von knapp unter 5 Prozent, der ab Juli für bestimmte Grundnahrungsmittel gelten soll. Foto: APA/Hans Klaus Tech

– ich brauche diese Vergünstigung nicht“, so der IV-Chef.

Vorsichtig positive Signale für die Konjunktur ortet Knill dagegen aus der Industriestrategie der Regierung, die einen günstigen Industriestrompreis angekündigt hat. Die Höhe müsse sich an Deutschland orientieren, sagt Knill. Dort ist ein Industriestrompreis von 5 Cent vorgesehen, der gerade in Brüssel geprüft wird. Auf lange Sicht brauche es in der Industriestrategie aber klare länger-

fristige und messbare Ziele. Knill: „Es muss klar sein, wohin wir wollen und wie das Industrieland in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren aussehen soll.“

## Hotellerie wehrt sich

Mehr als 20.000 Arbeitsplätze sind in der heimischen Industrie im Vorjahr verloren gegangen. Darauf nahm auch die Hotelbranche gestern Bezug. Die Hotellerie wehrt sich nämlich gegen den Vorwurf, Beschäftigte außerhalb der Saison

beim Arbeitsmarktservice (AMS) zwischenzuparken. In anderen Branchen werde auch Personal abgebaut, wenn die Nachfrage zurückgehe – dort sei die Politik aber immer rasch mit Kurzarbeit und Stiftungen zur Stelle, sagte Walter Veit, Präsident der Österreichischen Hotelvereinigung. Er möchte für die Hotellerie ein Modell, bei dem das AMS die Hälfte der Personalkosten trägt, wenn jemand versucht, die Saison zu verlängern. (APA)

# Ruf nach schnelleren Verfahren

Die Bauwirtschaft sucht Wege aus der Krise – und spart nicht mit Kritik und Forderungen.

**INNSBRUCK** Vertreter aus Politik und Wirtschaft trafen sich gestern zum sechsten Immobilienstammtisch in Tirol. Der Themen gab es genug, denn die Branche scheint sich nicht zu erholen. Ursächlich dafür seien steigende Material- und Finanzierungskosten sowie komplexe Genehmigungsverfahren, waren sich die Beteiligten einig. Diese würden „Projekte ausbremsen“. Dabei müssten gerade die wieder anlaufen, um der Wohnungsknappheit ein Ende zu setzen.

Allerdings: Das Vertrauen in die Sparte habe auch durch die mediale Berichterstattung über die letzten Jahre gelitten, glaubt Nikolaus Resl, Geschäftsführer der P&R Verwaltung GmbH. Worte wie „Betongold“ würden den Ruf der Bauwirtschaft ruinieren. Auf Nachfrage räumt er ein, dass es schon ein „paar schwarze Schafe“ in der Bran-



Ellen Moll, Andreas Köttl, Norbert Sieber und Nikolaus Resl (v.l.) stellten gestern ihre zentralen Forderungen vor. Foto: Immobilien-Stammtisch/Jean Hettfleisch

che gebe. Er weigere sich aber, alle über einen Kamm zu scheeren: „Wir sind nicht alle Kapitalisten“, stellt Resl klar.

Um also endlich wieder in Schwung zu kommen, brauche es bundesweit einheitliche und schnellere Genehmigungsverfahren, erklärte Andreas Köttl, Präsident der Vereinigung Ös-

terreichischer Projektentwickler (VÖPE). Bauen müsse einfacher werden und besonders nachhaltige Projekte mit einer „fast lane“ durch alle Instanzen belohnt werden. Zudem brauche es steuerliche Anreize und Anpassungen in der Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsverordnung –

kurz KIM –, um die Kreditvergabe und Investitionen anzukurbeln. Außerdem gefordert wurde eine „klare Linie in der Wohnbaupolitik“.

## Klarheit in Wohnbaupolitik

Die Politik „müsse sich entscheiden – freier Markt oder geregelter Markt, aber nicht beides zugleich“, sagte Ellen Moll, Fachgruppenobfrau der Wirtschaftskammer. Nur mit klaren Regeln und einer gezielten Förderpolitik bleibe Wohnen in Tirol leistbar.

Auf Bundesebene sei man mit den Themen befasst, erklärte Norbert Sieber, Nationalratsabgeordneter (ÖVP). Bis zum Sommer soll eine Gesetzesvorlage zum Thema Sanieren kommen, mit dem seit 1. Jänner geltenden 5. Mietrechtlichen Inflationslinderungs-gesetz sei schon viel geschafft worden. (as)



In Führung bei den Sommerbuchungen liegen erneut Griechenland, Türkei, Spanien, Italien und Kroatien, aber auch Fernreisen. Foto: Böhm

# Österreicher planen Urlaube heuer früher

**WIEN** Trotz Teuerung und nur langsam abflauernder Konjunkturschwäche ist die Urlaubslust der ÖsterreicherInnen heuer noch gewachsen. Die Buchungslage liege deutlich über dem Vorjahr, sagt Gottfried Math, Geschäftsführer von TUI Österreich. „Wir sehen einen klaren Trend zum Vorausplanen – vor allem Familien wollen Planungssicherheit.“

85 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher planen laut YouGov-Umfrage vom Dezember heuer mindestens eine Urlaubsreise. Mehr als die Hälfte davon geben an, öfter verreisen zu wollen als im Vorjahr. Strandurlaub bleibt laut Umfrage mit 76 Prozent die beliebteste Reiseform. Klar im Trend seien All-inclusive-Reisen und Kreuzfahrten. (APA)